

In der eigenen Schlinge gefangen

Indische Diplomatie in Afghanistan

Ravi Nair

Über 100 Vertreter/-innen indischer NGOs aus den Bereichen Gesundheit, Bildung und Medizin haben Anfang September in Kabul ausgeharrt. Die meisten von ihnen hatten kaum Geld, um auch nur das Nötigste zu kaufen. Die meisten der indischen NGO-Mitarbeiter/-innen hatten sich damit abgefunden, dass sie länger in Kabul ausharren müssen und so ihre Ersparnisse aus ihrer Tätigkeit in Afghanistan verlieren. Wie es mit indischen Interessen allgemein steht, und welche Perspektiven anstehen, skizziert der Autor.

Indien hatte in enger Abstimmung mit den USA, Russland und alten Freunden in Kabul dafür sorgen können, die sichere Ausreise von etwa 800 Inder(inne)n zu organisieren, darunter der Botschafter und Sicherheitskräfte. Wenig klug war allerdings, die indische Botschaft schon vor Ende August zu schließen. Die verbliebenen Inder/-innen wurden nicht mehr betreut, es gab im Land kein diplomatisches Gegenüber mehr, um mit den Taliban die weitere Ausreise zu verhandeln. Der Botschafter in Katar übernahm dann diese Aufgabe.

Neu-Delhi hatte in seiner *Hindutva*-Folklore offensichtlich vergessen, dass es in grenzüberschreitenden Beziehungen keine dauerhaften Freunde oder dauerhaften Feinde, sondern allenfalls dauerhafte Interessen gibt, die jemand vertreten muss – am besten vor Ort. Gäbe es in Indien freie Medien von gesellschaftlicher Reichweite und eine informierte Opposition wie etwa in den USA, wäre die *Hindutva*-Regierung vermutlich früher auf die sich anbahnende Entwicklung in Afghanistan aufmerksam geworden – oder besser gesagt: aufmerksam gemacht worden.

Indiens Interessen in Afghanistan

Analysten zufolge ist die Rückkehr der Taliban an die Macht ein schwerer Rückschlag für Indien, das enge Beziehungen zur abgesetzten Regierung pflegte. Für

den Moment scheint es, dass Indien politische und diplomatische Nachteile in der ganzen Region befürchten muss.

Die indische Regierung hatte rund drei Milliarden US-Dollar in Entwicklungsprojekte investiert, bot afghanischen Student(inn)en Stipendien an und half beim Bau des Parlamentsgebäudes, das 90 Millionen US-Dollar kostete. Es war ein symbolisch wichtiges Zeichen gegenüber dem Land. Noch im vergangenen Jahr hatte der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar auf der Afghanistan-Konferenz 2020 erklärt, dass von den mehr als 400 Projekten, die Indien in allen 34 Provinzen des Landes durchgeführt habe, kein Teil Afghanistans unberührt geblieben sei.

Der bilaterale Handel zwischen den beiden Ländern hat im Laufe der Jahre deutlich zugenommen und erreichte im Zeitraum 2019 bis 2020 ein Volumen von 1,5 Milliarden US-Dollar. Indien, das die Taliban als Stellvertreter seines Erzrivalen Pakistan betrachtet, hatte enge Beziehungen zur sogenannten Nordallianz unterhalten, die die bewaffnete afghanische Gruppe 2001 mit Hilfe der US-geführten NATO-Truppen besiegt hatte.

Immer wieder darauf verweisen wird, dass die indische Regierung zu spät auf die Taliban zugegangen sei, um eigene Interessen zu wahren. Die Taliban hätten seit 2013 ein politisches Büro in Doha unterhalten. Allerdings hät-

ten erst im Juni 2021 indische Beamte überhaupt Kontakte zu den Taliban in der katarischen Hauptstadt Doha aufgenommen.

Natürlich misstraut die indische Regierung den Taliban aufgrund ihrer Nähe zum pakistanischen Militärgespionageheimdienst *Inter-Services Intelligence* (ISI). Umgekehrt hatte Pakistan der indischen Regierung immer vorgeworfen, afghanischen Boden für terroristische Aktivitäten zu nutzen. Nun ist in Afghanistan ein Regime an der Macht, das zu Pakistan und China gute Beziehungen pflegen und ihnen die Möglichkeit geben wird, eine größere Rolle in Afghanistan zu spielen – Indiens Hauptrivalen in der Region.

Zusammen mit anderen Expert(inn)en empfehle ich der indischen Regierung, quasi als aktuell einzige Option, auf die Taliban zuzugehen, so unangenehm diese Entscheidung auch sein mag. Ob dies jedoch von den khakifarbenen Kurzjungen insbesondere der RSS (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*) als Gedanke überhaupt zugelassen werden kann, ist noch nicht ausgemacht.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor

Ravi Nair ist Menschenrechtsaktivist und Direktor des *South Asia Human Rights Documentation Centre* in Neu-Delhi